



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des Rates

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 28.09.2011

AN/1765/2011

Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	13.10.2011

Kostenneutrale Optimierung des Winterdienstes – Nein – zur geplanten Wintersteuer!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der Bürgerbewegung PRO KÖLN im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 13. Oktober zu setzen:

Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf, die von ihm geplante so genannte Wintersteuer oder andere Steuern beziehungsweise deren Erhöhung aus den Planungen für den Haushalt 2012 zu streichen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, zur Sitzung am 20. Dezember ein Konzept vorzulegen, welches eine bedarfsgerechte Ertüchtigung des Winterdienstes beziehungsweise dessen Optimierung beinhaltet.

Zur Begründung:

In den Wintermonaten 2010 beziehungsweise 2011 kam es zu ausgeprägtem Schneefall, der über die Jahre gesehen prägnant, aber nicht ungewöhnlich war. Die Kölnerinnen und Kölner konnten erleben, dass der von der Stadtverwaltung vorgehaltene Winterdienst in seiner Tätigkeit weitgehend wirkungslos blieb. Selbst nach Abklingen des Schneefalls war es über Wochen anscheinend nicht möglich, den Schnee auf den Fahrbahnen, sowie im weiteren öffentlichen Straßenland wirkungsvoll zu entfernen. Das Freihalten der städtischen Straßen und begehbaren Flächen gehört zu den elementaren Aufgaben einer Stadtverwaltung, die bisher auch in ausreichendem Maße erbracht wurden. Der berechnete Ärger und die Empörung der Kölnerinnen und Kölner über das Versagen des Winterdienstes darf nicht dazu führen, dass Oberbürgermeister Jürgen Roters nichts anderes einfällt, als das Einführen einer neuen Steuer, die die Bürger in ihrem Einkommen schmälert, nur um einer elementaren Aufgabe der Stadt Köln nachzukommen. Ebenso wenig wie man die Feuerwehr nicht abschafft, weil es drei Monate nicht gebrannt hat, sollte man auch den gesetzlich vorgeschriebenen Winterdienst nicht bis zur Funktionsuntüchtigkeit ausdünnen.

Es ist ein Frevel, im Nachhinein den Bürger für etwas zur Kasse zu bitten, was er doch früher schon mit seinen Steuern und Abgaben finanziert hat.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jörg Uckermann

gez. Markus Wiener